



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte

Länderportrait Kolumbien



Quelle: CIA World Factbook

Letzte Aktualisierung: Dezember 2011
Zusammengestellt von: Jan Grebe

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG	3
2	GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	6
2.1	Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien	6
2.2	Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	7
2.3	Militärausgaben Kolumbien.....	9
2.4	Lokale Rüstungsindustrie	10
2.5	Streitkräftestruktur	10
2.6	Bewaffnung der Streitkräfte.....	11
2.7	Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft.....	13
2.8	Polizei und andere Sicherheitskräfte	14
3	INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX	16
3.1	Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Kolumbien.....	16
3.2	Achtung der Menschenrechte im Empfängerland.....	16
3.3	Innere Lage im Empfängerland.....	20
3.4	Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	22
3.5	Bedrohung von Alliierten.....	24
3.6	Verhalten in der internationalen Gemeinschaft.....	24
3.7	Unerlaubte Wiederausfuhr	25
3.8	Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes.....	26

1 ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Kolumbien

Kolumbien ist ein bedeutendes Land in Südamerika. Einerseits tragen die vielen internen Konflikte zur regionalen Anspannung bei, andererseits ist es ebenfalls einer der wichtigsten Verbündeten der USA in der Region. Deutsche Rüstungsexporte spielen bei der militärischen Ausstattung des Landes nur eine marginale Rolle. In den vergangenen Jahren wurde U-Boot Technik zur Modernisierung der zwei alten deutschen U-Boote geliefert.

Kolumbien empfängt neben denen der USA insbesondere von Brasilien und Spanien, große Waffensysteme und Kriegsgerät. Im Jahr 2005/2006 kam es zum Kauf von 25 EMB-314 *Super Tucano* (leichte Angriffsflugzeuge) der brasilianischen Firma Embraer. Spanien hat seit 2000 mehrere Flugzeuge und Hubschrauber (C-212, C-295) geliefert. Mit Abstand größter Waffenlieferant ist und bleibt die USA. Anfang 2007 verkündete der damalige Präsident Uribe ein umfassendes Modernisierungsprogramm der Streitkräfte, das neben der Aufstockung der Teilstreitkräfte auch ein umfangreiches Waffenbeschaffungsprogramm umfasste.

Kolumbien hat eine kleine Rüstungsindustrie, die weitestgehend staatlich kontrolliert wird. Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich *Indumil* (Industria Militar) als staatlicher Produzent und produziert seitdem in einer Fabrik in Soacha Kleinwaffen und Munition. Heute hält Indumil das Monopol auf die Herstellung, den Import und den Vertrieb jeglicher Waffen in Kolumbien. Es stellt für das Militär neben dem israelischen *Gali* Gewehr und Munition (NATO Standardkaliber 5.56x45mm) auch noch Granaten und anderen Sprengstoff her. In den vergangenen Jahren konnte die Produktion des *Gali* Gewehres von 23000 Stück auf 45000 Stück pro Jahr erweitert werden. Neben der Selbstversorgung des kolumbianischen Militärs durch die eigene Industrie, ist es durch die Produktionssteigerung gelungen, diese sogar nach Israel zu exportieren.

Die kolumbianischen Streitkräfte sind für den Kampf gegen links- und rechtsextremistische Gruppen ausgelegt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten hat die Zahl der Soldaten stetig zugenommen. Dem Heer kommt, bei der Bewahrung der Sicherheit und der Bekämpfung der Rebellen- und Guerillagruppen, die größte Bedeutung zu. Im Einsatz sind ebenfalls einige Spezialkräfte des Heeres: Neben Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus gibt es ebenfalls eine Anti-Drogen Spezialeinheit, die im Jahr 2000 gegründet wurde.

Der Marine übernimmt sowohl Schutzaufgaben der Küstengewässer als auch Aufgaben zur Bekämpfung des Drogenanbaus in der Amazonasregion. Da ein Großteil der Drogen über die Seegewässer durch die Karibik geschmuggelt wird, haben die zwei deutschen sowie die zwei italienischen U-Boote bei der Bekämpfung des Schmuggels eine besondere Aufgabe.

In den vergangenen Jahren kam es auch bei der Luftwaffe zu einer umfangreichen Modernisierung und Neuanschaffung. Im Jahr 2005 bestellte die Luftwaffe 25 A-29 *Super Tucano*, die heute im Einsatz sind. Hinzu kommen zwölf Bell 212 „Rapaz“ Kampfhubschrauber.

Auch wenn Kolumbien stellenweise als die stabilste Demokratie in der Region bezeichnet wird, ist das Land seit Jahrzehnten von Krieg, politischer Gewalt und Terrorismus gekennzeichnet. Während das Militär einerseits ein stabiles politisches System garantiert, jederzeit loyal ist und dadurch als Hauptstütze der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes fungiert, ist es andererseits in politische Gewalt und Menschenrechtsverbrechen im Land involviert.

Das Militär ist für viele Bewohner, insbesondere ländlichen Bevölkerungsgruppen, zum ständigen Bestandteil des Alltags geworden. Während sich Operationsgebiete der Sicherheitskräfte und Guerillas stetig ausdehnen und immer mehr überschneiden, sehen sich viele Ureinwohner in der Möglichkeit, ihr Leben geregelt zu gestalten, massiv eingeschränkt. Nicht nur Anführer der Ureinwohner sind in den vergangenen Jahren Opfer des Krieges

geworden, sondern Kolumbien zählte auch lange Jahre die meisten politischen Morde an sozialen Aktivisten und Gewerkschaftern weltweit.

Im politischen System ist das Militär nur bedingt verfassungsgemäß verankert. Zwar sieht die Verfassung nicht explizit vor, dass ein General den Posten des Verteidigungsministers bekleiden muss, doch bekleiden Generäle des Militärs den Posten seit Mitte der 1970er Jahre (National Front). Das Militär ist einerseits für die innere Sicherheit und die Bekämpfung der Guerillabewegung verantwortlich, andererseits wird es jedoch als Garant für die Stabilität des Landes und des politischen Systems angesehen und genießt in der Bevölkerung ein hohes Ansehen.

Kriterien des EU-Verhaltenskodex

Bei der Einhaltung der EU-Kriterien zeigt sich ambivalentes Bild Kolumbiens. Es ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, so u.a., als einer der wenigen Staaten der Welt, dem Chemiewaffen-Protokoll von 1925. Dem entgegen gehörte Kolumbien zur Kerngruppe bei der Erarbeitung des Ottawa-Vertrags zum Verbot von Anti-Personenminen.

Obwohl Kolumbien allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, ist die Menschenrechtssituation im Land weiterhin schlecht. Grundlegende Menschenrechte sind durch Einschränkungen seitens der Politik in Gefahr. Ebenso werden den staatlichen Sicherheitskräften immer wieder Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen.

Problematisch ist der Umgang der Regierung mit politischen Gefangen von denen es derzeit über 7000 gibt (hinzukommen noch mehr als 60.000 Inhaftierte). Ihnen wird der Status eines politischen Gefangenen seitens der Regierung verweigert, was die Arbeit von Menschenrechtsgruppen erschwert. Obwohl durch das Vorgehen des damaligen Präsidenten Uribe und den laufenden Demobilisierungsprozess das Land sicherer geworden ist, eine rückläufige Anzahl Morde und Entführungen zu beobachten ist und der Tourismus im Land zunimmt, steht die Politik der „demokratischen Sicherheit“ in der Kritik, da die Menschenrechte in den Konfliktregionen weiterhin massiv bedroht und eingeschränkt sind. Bei dem Konflikt um die ungerechte Landverteilung und die in der Vergangenheit häufige Zwangsenteignung zeichnet sich eine Lösung ab. Im Juni 2011 unterzeichnete Präsident Santos ein „Opfer und Landrückgabe Gesetz“, das eine Landumverteilung sowie Ausgleichszahlungen für Opfer von Menschenrechtsverbrechen vorsieht. Trotz dieser positiven Schritte bleibt abzuwarten, ob und wie das Gesetz in der Praxis umgesetzt wird.

Der Auslöser für die Gewalt und zentrale Ursache des Konflikts ist die weiterhin ungerechte Landverteilung. Heutzutage besitzen ca. fünf Prozent der Bevölkerung gut 80 Prozent des Landes. Diese Ungerechtigkeit und das politische System, in dem sich die Parteien um die Großgrundbesitzer und das Bürgertum kümmern und keine Partei soziale Veränderungen anstrebt, sind Ursprung der Guerillabewegungen in Kolumbien, deren Ziel die soziale und ökonomische Verbesserung der Lage der Bevölkerung ist.

Im Jahr 2002 erklärte der damalige Präsident die Verhandlungen zwischen der Regierung und der FARC als offiziell gescheitert. Damit begannen eine groß angelegte Militäroffensive und die Rückkehr zur militärischen Lösung des Konflikts. Mit dieser Überzeugung konnte Präsident Uribe 2002 die Wahlen gewinnen. Seit den 1990er Jahren ist die Zahl der FARC-Kämpfer drastisch, von geschätzten 20.000 (1990er Jahren) auf heute 8.000, gesunken.

Auf der anderen Seite stehen die Paramilitärs, ein zentraler Akteur in dem Konflikt, die sich dem Schutz der Großgrundbesitzer verschrieben haben. Sie sind eng mit staatlichen Sicherheitskräften und dem politischen System verbunden. In den vergangenen Jahren gab es einen Demobilisierungsprozess, der tausende Paramilitärs erreichte und die Popularität des ehemaligen Präsidenten Uribe weiter festigen konnte.

In der Region herrscht eine allgemein angespannte politische Situation. In den vergangenen Jahren gab es einen regelrechten Rüstungswettlauf, im Zuge dessen sich besondere Rüstungskoperationen zwischen Brasilien und Frankreich, Venezuela und Russland und eben

zwischen Kolumbien und den USA herauskristallisierten. Zahlreiche Waffenlieferungen, insbesondere Großwaffensysteme in die Region, haben zu sicherheitspolitischen Verstimmungen zwischen den südamerikanischen Ländern geführt.

Defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz bei den Waffenkäufen haben zudem in manchen Fällen zu großem Misstrauen geführt. Ebenfalls kritisch sieht die kolumbianische Regierung die Anstrengung Venezuelas Waffen russischer Lizenz zu produzieren, da diese sich im kolumbianischen Konflikt verbreiten könnten. Diese Sorge ist vor dem Hintergrund zahlreicher Waffenfunde venezolanischer Waffen in den letzten Jahren durchaus berechtigt.

In der gesamten Region ist ein Anstieg der Verteidigungsausgaben und der Mannschaftsstärke der Armeen zu beobachten. Brasilien verfügt über ein weit überlegenes militärisches Arsenal und verfolgt eine Politik der regionalen Führerschaft. Zwar ist Brasilien traditionell ein Vorreiter der regionalen Rüstungskooperation, doch haben die strategischen Rüstungskooperationen mit Ländern außerhalb der Region negative Auswirkungen auf die regionalen Kooperationsanstrengungen. Dabei erscheint ein zwischenstaatlicher Konflikt in der Region zum gegenwärtigen Zeitpunkt recht unwahrscheinlich, ist jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen. Zwischenfälle an Grenzregionen haben auf die angespannte Lage aufmerksam gemacht und einige ungelöste Grenzfragen bergen weiterhin Risiken.

Der Militärschlag der kolumbianischen Armee auf ecuadorianischem Territorium hat zu Zerwürfnissen zwischen Kolumbien und Venezuela geführt, da der von Chavez regierte Staat nachdrücklich die Verurteilung des Angriffes forderte. Venezuela und Kolumbien haben traditionell schlechte Beziehungen, die sich immer wieder durch Waffenfunde bei FARC-Rebellen, die nachweislich aus Venezuela kommen, verschlechtern.

Kolumbien ist zahlreichen internationalen Anti-Terror-Konventionen beigetreten. Das Land und insbesondere die Gesellschaft sind jedoch seit langem vom Terrorismus geprägt. Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) werden von zahlreichen Ländern (USA, Kanada und allen EU-Mitgliedsstaaten) als terroristische Organisation eingestuft. Neben der FARC sind es insbesondere die Vereinigten Bürgerwehren (AUC) sowie die Nationale Befreiungsbewegung (ELN), die für terroristische Anschläge, Entführungen und zahlreiche Morde verantwortlich sind.

Unverhältnismäßig hohe Militärausgaben in Kolumbien im Zuge der zahlreichen Konflikte und der besonderen Rolle des Militärs, wirken hemmend auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Zwar besteht derzeit keine deutliche Gefahr, dass Entwicklungsziele nachhaltig von den Ressourcenzuweisungen in den Militärsektor beeinträchtigt werden, dennoch sind der konstante Anstieg der Militärausgaben sowie die Vergrößerung der Mannschaftsstärke des Militärs mit Sorge zu betrachten. Der stärkere Blick auf das Gesundheits- und Bildungssystem sowie die stärkere finanzielle Ausstattung, stellt für Kolumbiens Regierung eine wichtige Aufgabe dar.

2 GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

2.1 Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien

Tabelle 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2010

Jahr	Güter/in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert Rüstungsexporte, Millionen Euro
1999	Ersatzteile für Sonaranlagen: 98,7%	0,51
2000	Teile für U-Boote: 84,1%	3,01
2001	Teile für U-Boote: 99,0%	8,93
2002	Teile für U-Boote	3,00
2003	Teile für U-Boote, Korvetten und Sonaranlagen: 50,8%; Stromversorgungseinrichtungen für U-Boote: 49,2%	2,99
2004	Teile für U-Boote, Korvetten, Tender und Unterwasserortungsgeräte: 56,6%; Sensoren für Flugkörperwarnsysteme und Teile für Unterwasser-Telefonanlagen: 31,1%	1,97
2005	Teile für U-Boote und Sonaranlagen: 75,6%	4,01
2006	Teile für Korvetten, U-Boote und Sonaranlagen: 95,0%	3,98
2007	Teile für U-Boote und Überwasserschiffe: 59,5%; Laserentfernungsmesser und Ziellinien-Prüfgerätesätze: 29,9%	3,42
2008	Teile für U-Boote und Patrouillenboote: 93,0%	18,57
2009	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 90,6%	68,94
2010	Teile für U-Boote und Marineversorger: 82,3%	5,06

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2010, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien, 1999-2010

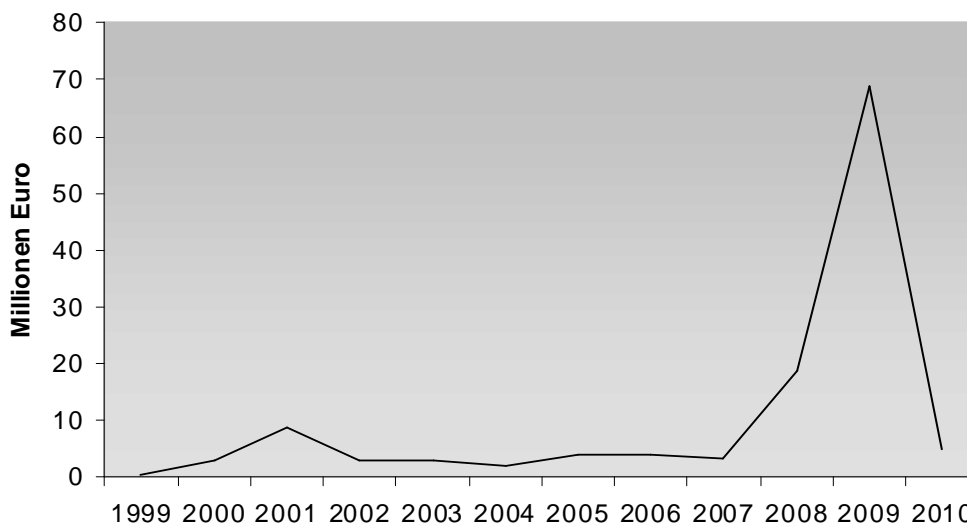


Tabelle 2: Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Kolumbien, 1990-2010

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahr	Bisher geliefert	Kommentar
1	Luneburg/Typ-701	Unterstützungsschiff	1997	1997	1	
1	Luneburg/Typ-701	Unterstützungsschiff	1998	1998	1	
(1)	BK-117/EC-145	Hubschrauber	(2003)	2003	(1)	
(16)	MTU-4000	Dieselmotor	(2009)	2010	(4)	
1	CPV-40	Patrouillenboot	(2010)			Lieferung wird für 2011 erwartet

2.2 Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

Tabelle 3: Absolute Höhe der Rüstungsexporte nach Kolumbien 2006-2010, Mio. USD

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2006-2010
Summe	54	218	112	312	172	868

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

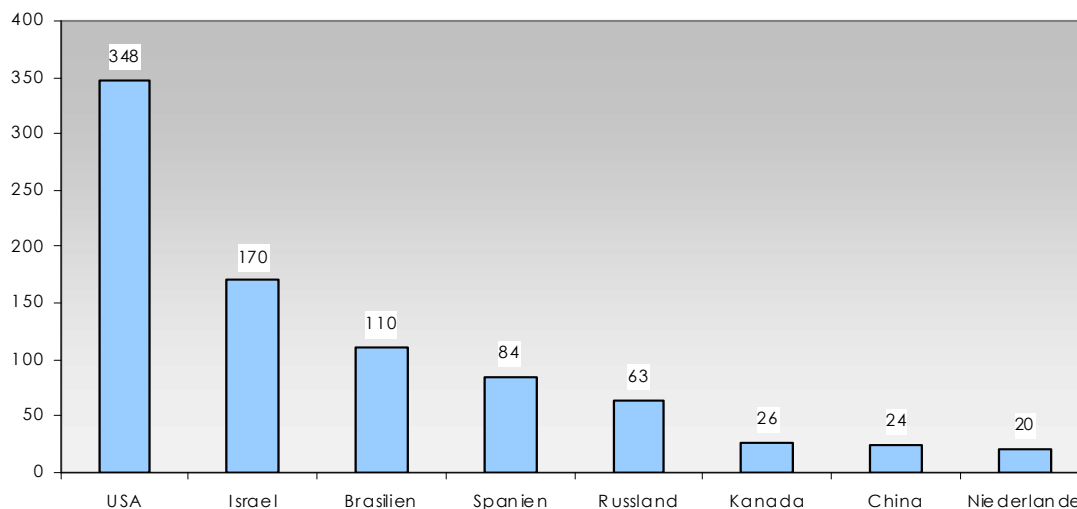
Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4: Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien 2006-2010, Mio. USD

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2006-2010
Summe	-	-	-	-	10	10

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Schaubild 2: Wichtigste Lieferanten von Rüstungsgütern nach Kolumbien 2006-2010, Mio. USD

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/values.php

Kommentar zu Waffenkäufen:

Laut SIPRI-Datenbank (Stand Mai 2011) nahm Kolumbien 2006-2010 die 33. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien beschränken sich weitestgehend auf Ersatzteile für U-Boote (der klassischen Stärke deutscher Rüstungstechnologie), insbesondere auf Ersatzteile für die zwei deutschen U-Boote des Typs Ge T-209/1200.

Neben den USA, die im Rahmen des „Plan Colombia“ umfangreiche Finanzmittel für Ausbildung und Beschaffung zur Verfügung stellen, haben insbesondere Brasilien und Spanien in den vergangenen Jahren große Waffensysteme und Kriegsgerät nach Kolumbien geliefert. Im Jahr 2005/2006 kam es zum Kauf von 25 EMB-314 *Super Tucano* (leichte Angriffsflugzeuge) der brasilianischen Firma Embraer. Spanien hat seit 2000 mehrere Flugzeuge und Hubschrauber (C-212, C-295) geliefert. Mit Abstand größter Waffenlieferant sind jedoch weiterhin die USA, die in den vergangenen Jahren zahlreiche Helikopter an die kolumbianische Regierung geliefert haben. Eingesetzt werden sollen diese besonders zur Bekämpfung Aufständischer und des Drogenanbaus und -schmuggels. Zuletzt wurde ein großer Vertrag über die Lieferung von 15 S-70/UH-60L *Blackhawk* Hubschraubern im Wert von 225 Millionen US-Dollar abgeschlossen. Unbestätigten Angaben zufolge sind bereits 8 Hubschrauber ausgeliefert.

Anfang 2007 verkündete der damalige Präsident Uribe ein umfassendes Modernisierungsprogramm der Streitkräfte, das neben der Aufstockung der Teilstreitkräfte auch ein umfangreiches Waffenbeschaffungsprogramm umfasste. Der Plan mit einem Volumen von fast 4 Milliarden US-Dollar, der über eine Sondersteuer finanziert wird und in die Demokratische Sicherheitsstrategie des Landes eingebettet ist, sieht insbesondere die Beschaffung von Transport- und Kampfhubschraubern vor.

Im Dezember 2009 wurde eine Einigung zwischen dem kolumbianischen Militär und einem ausländischen Rüstungsunternehmen über die Lieferung von 39 M1117 ICV gepanzerten Mannschaftstransportern in einem Umfang zwischen 20-45 Millionen US-Dollar erzielt.

2.3 Militärausgaben Kolumbien

Tabelle 5: Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

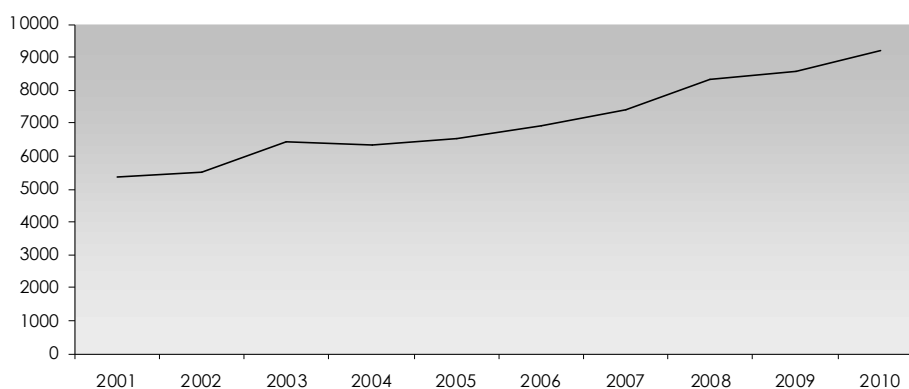
	2006	2007	2008	2009	2010
Militärausgaben	6909	7430	8323	8569	9191
Anteil am BIP (in Prozent)	3,3	3,3	3,6	3,7	-
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	14,2	12,9	18,4	20,9	-

Militärausgaben in constant Mio. US\$ (2009).

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, World Development Indicators

*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

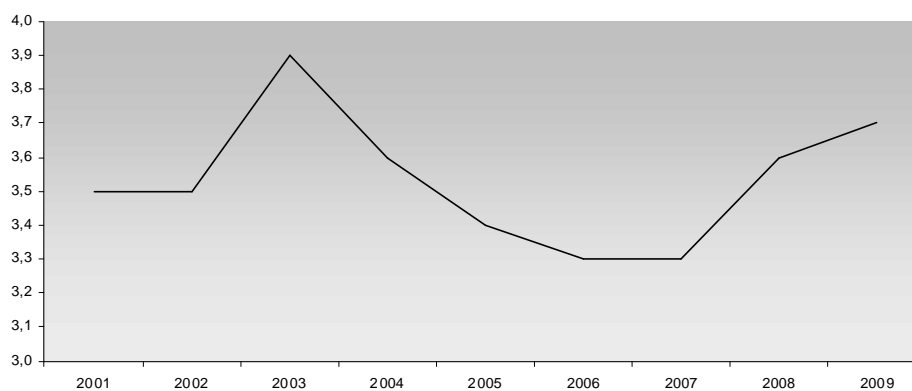
Schaubild 3: Absolute Militärausgaben, Trend 2001 – 2010 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen mit dem Basisjahr 2009

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database

Schaubild 4: Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2001 – 2009 (in Prozent)



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database

2.4 Lokale Rüstungsindustrie

Kolumbien hat eine kleine Rüstungsindustrie, die weitestgehend staatlich kontrolliert wird. Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich *Indumil* (Industria Militar) als staatlicher Produzent und produziert seitdem in einer Fabrik in Soacha Kleinwaffen und Munition. Kurz darauf wurde bereits eine zweite Fabrik gebaut die für die Produktion schwerer Munition und Artillerieausrüstung ausgelegt ist. In den 1980er Jahren begann die bis heute andauernde Rüstungskoooperation mit Israel. In der Zeit erhielt Indumil eine Lizenz zur Produktion der israelischen *Gali* Gewehre, welche heute die Standardwaffen der kolumbianischen Armee sind. Das Unternehmen befindet sich heute unter den Top 100 Unternehmen in dem Land und hat seine Produktionskapazitäten in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut. In den 1970er Jahren hat Indumil eine Lizenz zur Herstellung des G3 Gewehres erhalten, was lange Zeit zur Standardbewaffnung der Armee diente. Dazu erhielt der staatliche Konzern auch Spezialmaschinen der Firmen Heckler & Koch und Fritz-Werner. Selbst 2007 wurden bei einer Razzia der Polizei noch G3 Gewehre sichergestellt. Zwar werden heute allem Anschein nach keine G3 Gewehre mehr in dem Land produziert, Indumil besitzt jedoch weiter die Kenntnisse und technischen Voraussetzungen diese Gewehre zu reparieren und Instand zu halten. Heute hält Indumil das Monopol auf die Herstellung, den Import und den Vertrieb jeglicher Waffen in Kolumbien. Es stellt für das Militär neben dem israelischen *Gali* Gewehr und Munition (NATO Standardkaliber 5,56x45mm) auch noch Granaten und anderen Sprengstoff her. Darüber hinaus, auch für den zivilen Gebrauch, produziert das Unternehmen zahlreiche Klein- und Leichtwaffen. In den vergangenen Jahren konnte die Produktion des *Gali* Gewehres von 23000 Stück auf 45000 Stück pro Jahr erweitert werden. Neben der Selbstversorgung des kolumbianischen Militärs durch die eigene Industrie, ist es durch die Produktionssteigerung gelungen, diese sogar zurück nach Israel zu exportieren. Indumil produziert darüber hinaus etwa 30 Millionen Stück Munition pro Jahr. Während jedoch im Klein- und Leichtwaffenbereich die kolumbianische Rüstungsindustrie weitgehende Unabhängigkeit erreichen konnte, ist das Militär im Bereich der Großwaffensysteme weiterhin auf den Import angewiesen.

2.5 Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Gesamtstärke der Streitkräfte:

283 000 aktiv, davon:

- Heer: 235 800
- Marine: 33 100
- Luftwaffe: 13 800

Zusätzlich:

- Reserve: 61 900
- Paramilitärische Einheiten: 158 800
 - National Police Force: 136 100

Quelle: IISS Military Balance 2011

Tabelle 6: Stärke der Streitkräfte, Trend 2002-2010

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Aktive in 1.000 (IISS)	158	200	207	207	209	254	267	285	283
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC-Berechnungen)	3,8	4,8	4,9	4,8	4,8	5,7	5,9	6,2	6,1

Quellen:
IISS Military Balance, 2003-2011, UN

Kommentar:

Die kolumbianischen Streitkräfte sind für den Kampf gegen links- und rechtsextremistische Gruppen ausgelegt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten hat die Zahl der Soldaten stetig zugenommen. Dem Heer kommt bei der Bewahrung der Sicherheit und der Bekämpfung der Rebellen- und Guerillagruppen die größte Bedeutung zu. Im Einsatz sind ebenfalls einige Spezialkräfte des Heeres: Neben Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus gibt es außerdem eine Anti-Drogen Spezialeinheit, die im Jahr 2000 gegründet wurde. Hinzu kommt eine Spezialeinheit, die besonders auf Entführungen spezialisiert ist – ein Problem, das in Kolumbien weit verbreitet ist. Die kolumbianischen Streitkräfte haben in großem Maße von der US-amerikanischen Unterstützung im Rahmen des „Plan Colombia“ profitiert. Neben den materiellen Zuwendungen seitens der USA, ist ein zentraler Bestandteil der US-Unterstützung die militärische Ausbildung der kolumbianischen Streitkräfte. Insbesondere Spezialeinheiten werden von US-Soldaten im Kampf gegen Terrorismus und Drogenschmuggel geschult. Wie auch in anderen Ländern Südamerikas profitieren die Streitkräfte in Kolumbien auch von zusätzlichen Geldern, die häufig aus der lokalen Verwaltung kommen oder aus eigenen Sicherheitsdienstleistungen generiert werden.

2.6 Bewaffung der Streitkräfte**Heer:**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärer	226	u.a. 6 M-8 (Aufstandsbekämpfung)
Gepanzerte Mannschaftstransporter	194	
Artillerie	Über 622	
Panzerabwehr	Mehr als 86	Verschiede Raketen und Boden-Luft Geschosse; Abschussvorrichtungen
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	3	
Transportflugzeuge	13	
Ausbildungsflugzeuge	5	
Mehrzweckhubschrauber	22	
Transporthubschrauber	90	
Luftabwehr	Mehr als 42	

Kommentar:

Das Heer hat in besonderem Maße vom *Plan Colombia* und den damit verbundenen Waffentransfers aus den USA profitiert. Dennoch ist auch das Heer mit völlig veraltetem Gerät, wie beispielsweise bis zu 50 Jahre alten Artilleriegeschütz, ausgestattet. Als im Jahr 2000 der

Plan Colombia massiv auf die Drogenbekämpfung ausgeweitet wurde, profitierte teilweise auch das Heer von der Lieferung der 60 Hubschrauber. Außerdem befinden sich russische Helikopter im Arsenal des kolumbianischen Heeres, die 2008 gekauft wurden und die Mobilität der Streitkräfte insbesondere in Waldgebieten erhöhen soll. Dringend benötigt wurden die Helikopter zum Transport schweren Kriegsmaterials wie beispielsweise Artilleriegeschütze. Hinzu kommen die kürzlich gekauften acht Blackhawk Kampfhubschrauber aus den USA. Im Rahmen des allgemeinen Modernisierungsprogramms sollen die Streitkräfte ebenfalls 20 105mm Artilleriegeschütze bekommen, um die völlig veralteten Geschütze auszutauschen. Derzeit befindet sich Kolumbien in Verhandlungen mit Frankreich über den Kauf von 40 gebrauchten Leclerc Kampfpanzern. Dies kann auch als Reaktion auf die jüngsten Anschaffungen der russischen T-90 Kampfpanzer in Venezuela gesehen werden. Die bereits 2008 bestellten 20 französische LG1 Mk-III 105mm Haubitzen wurden im Laufe des Jahres 2010 ausgeliefert.

Marine:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	4	2 Patrouillen U-Boote mit Anti-U-Boot Kampfausstattung; 2 Diesel U-Boote;
Fregatten	4	
Patrouillenboote	48	
Amphibienfahrzeuge	8	
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	7	1 Ex-DEU Schiff (Lüneburg)

Marineflieger:

- 3 Küstenpatrouillenflugzeuge
- 8 Transportflugzeuge
- 1 Flugzeug zur Luftraumüberwachung
- 4 Transporthubschrauber
- 6 Mehrzweckhubschrauber

Marineinfanterie:

- 8 gepanzerte Mannschaftstransporter (12 Stück bestellt)
- 20 Artilleriegeschütze

Kommentar:

Die Marine übernimmt sowohl Schutzaufgaben der Küstengewässer als auch Aufgaben zur Bekämpfung des Drogenanbaus in der Amazonasregion. Da ein Großteil der Drogen über die Seewässer durch die Karibik geschmuggelt wird, kommen den zwei deutschen sowie den zwei italienischen U-Boote bei der Bekämpfung des Schmuggels besondere Bedeutungen zu. Im Zuge des allgemeinen Modernisierungsprogramms sollen die U-Boote neue Motoren erhalten. Dazu wurde Ende 2008 ein Vertrag mit der deutschen HDW geschlossen, der die Modernisierung und Wartung der U-Boote vorsieht. Die Fregatten der Marine sind jedoch weit über 20 Jahre alt und befinden sich in einem schlechten Zustand. Im Zuge allgemeiner Modernisierungsprogramme und vor dem Hintergrund der veralteten Ausrüstung der Marine, plant die Regierung die Anschaffung von bis zu vier Küstenpatrouillenbooten, bis zu 131 Patrouillenboote, bis zu vier Küstenpatrouillenflugzeuge.

Luftwaffe:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	31	
Jagdbomber/Kampfflugzeuge	18	
Flugzeuge zur Luftraumüberwachung	20	
Transport-/ Tankflugzeuge	53	3 weitere C-130B Hercules auf Lager
Ausbildungsflugzeuge	83	37 Kampfg geeignet
Flugzeuge zur elektronischen Aufklärung	2	
Transporthubschrauber	63	
Mehrzweckhubschrauber	41	
Raketen	k. A.	u.a. Python III, R530

Kommentar:

In den vergangenen Jahren kam es auch bei der Luftwaffe zu einer umfangreichen Modernisierung und Neuanschaffung. Im Jahr 2005 bestellte die Luftwaffe 25 A-29 *Super Tucano*, die heute im Einsatz sind. Hinzu kommen 12 Bell 212 „Rapaz“ Kampfhubschrauber. Im Juni 2009 wurde der Vertrag über die Lieferung von Kfir Kampfflugzeugen zwischen Kolumbien und Israel besiegelt. Bereits im Jahr 2007 gewann die israelische Verteidigungsindustrie die Ausschreibung über den 150 Millionen US-Dollar Auftrag, die bereits eingesetzten Kfir zu modernisieren und ebenfalls bis zu 13 neue Flugzeuge zu liefern. Im Jahr 2009 bestätigte die Luftwaffe die Bestellung von vier C-295 Transportflugzeuge beim spanischen Rüstungskonzern EADS-CASA.

Die geplanten Anschaffungen und die strategische Kooperation zwischen Kolumbien und Israel bei der Ausstattung der Luftwaffe verdeutlichen die klare Ausrichtung der Luftwaffe auf eine größtmögliche Mobilität und Einsatzfähigkeit in nur schwer zugänglichen Regionen.

Paramilitärische Einheiten:

- National Police Force: 3 Flugzeuge zur elektronischen Aufklärung, 29 Transportflugzeuge, 4 Mehrzweckhubschrauber und 54 Transporthubschrauber

Kommentar:

Der nationalen Polizeieinheit, die eine militärische Einheit ist und direkt dem Verteidigungsministerium untersteht, kommt sowohl bei der Bekämpfung des Terrorismus als auch des Drogenschmuggels eine wichtige Rolle zu. Ausgestattet mit Hubschraubern verfügt sie über die notwendige Mobilität zur Bekämpfung des Terrorismus und Drogenschmuggels.

Peacekeeping:

- Ägypten (MFO): 357 Soldaten

Quelle: IISS Military Balance 2011

2.7 Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft

Auch wenn Kolumbien stellenweise als die stabilste Demokratie in der Region bezeichnet wird, ist das Land seit Jahrzehnten von Krieg, politischer Gewalt und Terrorismus gekennzeichnet. Während das Militär einerseits ein stabiles politisches System garantiert, jederzeit loyal ist und dadurch als Hauptstütze der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes fungiert, ist es andererseits in die politische Gewalt involviert, die das Land weiterhin

prägt. Dem Militär wird häufig vorgeworfen, das schlechteste Menschenrechtsverhalten in der Welt zu haben. Problematisch wurde die Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft bereits zu Beginn der 1990er Jahre als das Militär in einem „totalen Krieg“ gegen die Aufständischen und deren Unterstützer eingesetzt wurde. Fortan war jeder verdächtig und besonders Gewerkschaften, Oppositionsparteien, Bauernbewegungen oder religiöse Bewegungen wurden zum Ziel militärischer Operationen, aufgrund der Annahme sie unterstützten die Guerillabewegung. Entgegen dieser Entwicklungen genoss das Militär in Umfragen zu Beginn des neuen Jahrhunderts viel Vertrauen innerhalb der Bevölkerung. Dass die Bevölkerung das Militär auf einer Vertrauensskala auf Platz Zwei hinter der Kirche setze, hängt mit den damaligen Erfolgen im Kampf gegen die Guerillas sowie den Entlassungen von zahlreichen, als korrupt geltenden, führenden Militärs zusammen.

Für viele Bewohner, insbesondere ländlichen Bevölkerungsgruppen, ist das Militär zum ständigen Bestandteil des Alltags geworden. Während sich Operationsgebiete der Sicherheitskräfte und Guerillas stetig ausdehnen und immer mehr überschneiden, sehen sich viele Ureinwohner in ihren Möglichkeiten, ihr Leben geregelt zu gestalten, massiv eingeschränkt. Nicht nur Anführer der Ureinwohner sind in den vergangenen Jahren Opfer des Krieges geworden. Kolumbien zählte lange Jahre die meisten politische Morde an sozialen Aktivisten und Gewerkschaftlern weltweit.

Im politischen System ist das Militär nur bedingt verfassungsgemäß verankert. Zwar sieht die Verfassung nicht explizit vor, dass ein General den Posten des Verteidigungsministers bekleiden muss, doch bekleiden Generäle des Militärs den Posten seit Mitte der 1970er Jahre (National Front). Entgegen anderen Ministern kann der Verteidigungsminister nur auf explizite Anordnung des Präsidenten sein Amt verlieren und ist dadurch nicht an den normalen Turnus der Kabinettsumbildung gebunden. Der militärische Einfluss auf die Politik ist trotz dieser Verankerung durch besondere konstitutionelle und legislative Kontrollmechanismen sehr begrenzt. Hinzu kommt, dass im kolumbianischen Militär häufig hochrangige Militärs nicht der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes angehören sondern aus der Mittelschicht des Landes rekrutiert werden. Folge dessen ist eine Unterordnung des Militärs unter die zivile Aufsicht. Die starke zivile Aufsicht und das Interesse der Präsidenten an der zivilen Kontrolle des Militärs beziehungsweise an der Begrenzung der politischen Macht, wurde 1965, 1969 und 1984 deutlich, als die jeweiligen Präsidenten Militärangehörige aus dem Dienst entließen, weil sie öffentlich die zivile Autorität gegenüber dem Militär angegriffen haben.

Daraus wird ersichtlich, dass das Militär einerseits für die innere Sicherheit und der Bekämpfung der Guerillabewegung verantwortlich ist, andererseits jedoch als Garant für die Stabilität des Landes und des politischen Systems angesehen wird und in der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießt.

2.8 Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 7: Ausgaben für Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Es liegen keine Angaben vor.

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2008

Die kolumbianische Polizei (Policía Nacional de Colombia) beschäftigt etwa 136.000 Beamte und untersteht dem Verteidigungsministerium. Der Präsident des Landes übt durch die Ernennung des Polizeidirektors ebenfalls erheblichen Einfluss auf die Polizei aus. Zu der Ausrüstung der Polizei zählen Transport- und Aufklärungsflugzeuge (u.a. Cessna), Mehrzweck- und Transporthubschrauber (u.a. Bell und Blackhawk), gepanzerte Fahrzeuge, Schnellboote und Raketenwerfer.

Die Struktur der Polizei umfasst verschiedene Einheiten für die Regionen, die Städte und die einzelnen Bundesstaaten. Diese umfassen die Kriminalpolizei, den Geheimdienst, die Verkehrspolizei, verschiedene Eliteeinheiten sowie bestimmte Einheiten zur Wahrung öffentlicher Sicherheit und Ordnung sowie zur Drogenbekämpfung. Neben diesen Einheiten

existieren noch der Zolldienst und das administrative Sicherheitsdepartment (Inlandsgeheimdienst) (Departamento Administrativo de Seguridad: DAS). Der Geheimdienst ist direkt dem Präsidenten unterstellt und ihm gegenüber verantwortlich. Neben Informationsbeschaffung und Spionageabwehr übernimmt der Geheimdienst ebenfalls wichtige Aufgaben bei der Strafverfolgung. Im Jahr 2009 kam es zu einem Skandal um den DAS als öffentlich wurde, dass dieser an der illegalen Überwachung von Regierungskritikern, Parlamentariern und Journalisten beteiligt ist. Im Zuge dessen wurden mehrere hochrangige Mitarbeiter des Dienstes verhaftet. Während der damalige Präsident Uribe den Geheimdienst nicht abgeschafft hat, unternahm der derzeitige Präsident Santos den politischen Kraftakt und beendete die 58-jährige Geschichte des DAS Ende 2011. Berichten zufolge wird der Geheimdienst durch eine neue Behörde (National Agency of Protection) ersetzt werden, die von einem ehemaligen Marinegeneral geleitet werden soll.

Wie auch teilweise der Geheimdienst, ist die kolumbianische Polizei Korruptionsvorwürfen und Anschuldigungen ausgesetzt, Menschenrechtsverletzung begangen zu haben. Seit diese Vorwürfe insbesondere Ende der 1990er Jahre ihren Höhepunkte fanden, wurden Anstrengungen unternommen, Strukturen krimineller Organisationen und korrupter Polizisten aufzubrechen. Insgesamt wurde ein Reformprozess angestoßen, der zu einer Verbesserung im Kampf gegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Polizei führte. Dies hat die Lage zwar verbessert, weiterhin gibt es jedoch Berichte über außergerichtliche Tötungen, Amtsmissbrauch, Säuberungen (mit Todesfolge), Folter, Gewalt sowie die Erniedrigung von Gefangenen.

Durch die lang anhaltenden Konflikte und bewaffneten Auseinandersetzungen verfügen etwa 192 Stadtbezirke über eine unzureichende oder gar keine Präsenz staatlicher Sicherheitskräfte.

Die private Sicherheitsindustrie in Kolumbien boomt. In 2008 setzen private Sicherheitsunternehmen mehr als zwei Milliarden US-Dollar um. Dabei kann der Wirtschaftssektor auf Wachstumsraten von jährlich 10-20 Prozent blicken. Im Jahr 2009 waren 525 registrierte private Sicherheitsfirmen auf dem kolumbianischen Markt aktiv, während es 2007 etwa 3.500 waren. Unklar bleibt der Grund für diesen drastischen Rückgang. In den privaten Sicherheitsfirmen sind zwischen 170.000 bis 190.000 Menschen angestellt.

3 INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX

3.1 Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Kolumbien

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Nicht Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Unterzeichnet, aber nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch 2011
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Unterzeichnet, aber nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch 2011
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011

Kommentar:

Interessanterweise ist Kolumbien einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, so u.a., als einer der wenigen Staaten der Welt, dem Chemiewaffen-Protokoll von 1925. Dem entgegen gehörte Kolumbien zur Kerngruppe bei der Erarbeitung des Ottawa-Vertrags zum Verbot von Anti-Personenminen. Dennoch sind in Kolumbien heute weiterhin tausende von Minen verstreut, die täglich Menschenleben fordern.

Gegen Kolumbien ist weder ein Waffenembargo der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

3.2 Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

3.2.1 Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org/

Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org/

Kommentar:

Obwohl Kolumbien allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, ist die Menschenrechtssituation in dem Land seit Jahren sehr schlecht. Sowohl von staatlicher Seite als auch von Seiten der Guerillagruppen werden zahlreiche Menschenrechtsverbrechen begangen. Politische Morde, Entführungen und Einschüchterungen finden regelmäßig statt.

3.2.2 Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis in Kolumbien, 2010 (2011)

The following societal problems and governmental human rights abuses were reported during the year: unlawful and extrajudicial killings; insubordinate military collaboration with new illegal armed groups and paramilitary members who refused to demobilize; forced disappearances; torture and mistreatment of detainees; overcrowded and insecure prisons; arbitrary detentions; impunity and an inefficient judiciary subject to intimidation; illegal surveillance of civilian groups, political opponents, and government agencies; occasional harassment and intimidation of journalists; unhygienic conditions at settlements for displaced persons, with limited access to health care, education, or employment; corruption; harassment of human rights groups and activists, including unfounded prosecutions; violence against women, including rape; violence against Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender (LGBT) persons based on sexual orientation; child abuse and child prostitution; trafficking in women and children for the purpose of sexual exploitation; some societal discrimination against women, indigenous persons, and Afro-Colombians; and illegal child labor.

The FARC and ELN committed the following human rights abuses: political killings; killings of members of the public security forces and local officials; widespread use of landmines; kidnappings and forced disappearances; massive forced displacements; subordination and intimidation of judges, prosecutors, and witnesses; infringement on citizens' privacy rights; restrictions on freedom of movement; widespread recruitment and use of child soldiers; attacks against human rights activists; violence against women, including rape and forced abortions; and harassment, intimidation, and killings of teachers and trade unionists.

New illegal armed groups, which included some former paramilitary members, also committed numerous human rights abuses. The last United Self Defense Forces of Colombia (AUC) bloc demobilized in 2006, but AUC members who refused to demobilize, AUC members who demobilized but later abandoned the peace process, and other new illegal armed groups remained targets of arrest and criminal prosecution. These new groups lacked the political agenda, organization, reach, and military capacity of the former AUC and focused primarily on narcotics trafficking and extortion. The AUC demobilization led to a reduction in killings and other human rights abuses, but paramilitary members who refused to demobilize and new illegal armed groups continued to commit numerous unlawful acts and related abuses, including: political killings and kidnappings; physical violence; forced

displacement; subornation and intimidation of judges, prosecutors, and witnesses; infringement on citizens' privacy rights; restrictions on freedom of movement; recruitment and use of child soldiers; violence against women, including rape; and harassment, intimidation, and killings of human rights workers, journalists, teachers, and trade unionists.

The government made demonstrable advances in improving the human rights environment. The Santos administration strengthened the government's relationship with the human rights community by publicly expressing support for human rights defenders and engaging them in dialogue. In addition, the Santos administration implemented new policies to accelerate the return of land to displaced families and advanced a Land and Victims Law to provide for land restitution and victims' reparations. Extrajudicial executions continued to decline, and several senior military officers were convicted of human rights abuses.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2009, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2010/wha/154499.htm>

3.2.3 Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2010

The civilian population, especially rural and poor urban communities, continued to bear the brunt of the long-running armed conflict. Guerrilla groups, paramilitaries and the security forces were responsible for serious and widespread human rights abuses and violations of international humanitarian law, including war crimes. President Juan Manuel Santos, who assumed office in August, said he would prioritize human rights and the fight against impunity. In marked contrast to the previous government, he adopted a less hostile stand towards human rights defenders. The new government presented legislation on reparation for victims and land restitution, which it claimed would benefit those affected by human rights abuses. However, victims' and human rights organizations expressed reservations about the legislation and human rights defenders and social leaders continued to be threatened and killed. Those campaigning for the return of lands misappropriated during the conflict, mainly by paramilitary groups, were at particular risk. Human rights defenders, judges, lawyers, prosecutors, witnesses, and victims and their families involved in human rights-related criminal cases were also threatened and killed.

Quelle: Jahresbericht Amnesty International 2011, <http://www.amnesty.org/en/region/colombia/report-2011>

3.2.4 Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House für 2010 (2011)

Bewertung für Kolumbien auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

- Bürgerliche Rechte: 4
- Politische Rechte: 3
- Gesamtbewertung: Teilweise frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House (2011):

After the Constitutional Court barred President Álvaro Uribe from pursuing a third term, Colombians elected former defense minister Juan Manuel Santos as president in July 2010. Once in office, Santos established a "national unity" coalition and pursued conciliatory policies that created friction with hard-line Uribe supporters. One sensitive issue was an ongoing scandal involving government wiretapping of civil society members, opposition politicians, and judges; the surveillance appeared to decline sharply, but tensions over

investigative processes grew sharper. In another shift, relations with neighboring Venezuela improved considerably. Many regions continued to suffer from guerrilla and criminal violence despite the military's September killing of Mono Jojoy, a feared guerrilla leader.

Quelle: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011&country=8017>

Kommentar:

Die Menschenrechtslage in Kolumbien ist weiterhin desolat. Einerseits sind grundlegende, durch die Verfassung geschützte, Menschenrechte durch Einschränkungen seitens der Politik in Gefahr, andererseits werden den staatlichen Sicherheitskräften immer wieder Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen. Der seit 40 Jahren andauernde Bürgerkrieg, in dem zahlreiche unterschiedliche Konfliktparteien involviert sind, hat immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen geführt. Seit 1960 hat dieser Konflikt mehr als eine halbe Millionen Menschenleben gefordert. Kolumbien steht damit auf einer Stufe mit dem Sudan und der Demokratischen Republik Kongo, alles Länder in denen die meisten Binnenflüchtlinge weltweit zu finden sind. Die Vertreibung zahlreicher Menschen führt zu einer angespannten ökonomischen Lage, da die Menschen sich nicht mehr selbst in ihren Dörfern versorgen können.

Problematisch ist ebenfalls der Umgang der Regierung mit den derzeit über 7000 politischen Gefangenen in Kolumbien (hinzukommen noch mehr als 60.000 Inhaftierte). Ihnen wird der Status eines politischen Gefangenen seitens der Regierung verweigert, was die Arbeit von Menschenrechtsgruppen erschwert. Zahlreiche Berichte machen immer wieder den Einsatz von Folter gegen Gefangene öffentlich, auch wenn diese Berichte schwer zu verifizieren sind. Immer wieder richtete sich die Kritik von Menschenrechtsorganisationen an den damaligen Präsidenten Uribe, da er die Anwendung der Genfer Konventionen verhinderte. Im Laufe der letzten Jahre hat die Regierung von Uribe zwar entscheidende Fortschritte im Bezug auf die Sicherheit und die Zerstörung der Guerillagruppen gemacht, doch geht dies häufig zu Lasten der Menschenrechte und der Einhaltung des internationalen humanitären Völkerrechts. Problematisch ist ebenfalls die dauerhafte Finanzierung der Gruppen durch den Drogenschmuggel.

Zentrale Herausforderung der Regierung wird es sein, einen Weg zu finden, um führende Militärangehörige für außergerichtliche Tötungen verantwortlich zu machen. Obwohl durch das Vorgehen des damaligen Präsidenten Uribes und den laufenden Demobilisierungsprozess das Land sicherer geworden ist, eine rückläufige Anzahl Morde und Entführungen zu beobachten ist und der Tourismus im Land zunimmt, steht die Politik der „demokratischen Sicherheit“ in der Kritik, da die Menschenrechte in den Konfliktregionen weiterhin massiv bedroht und eingeschränkt sind.

Die kolumbianische Regierung steht heute vor der Herausforderung die Menschenrechtsverletzungen in den Griff zu bekommen und die Sicherheitskräfte für ihre Taten zur Verantwortung zu ziehen. Die „demokratische Sicherheitspolitik“ der damaligen Regierung Uribe weist weiterhin eine miserable Menschenrechtspraxis auf, die durch außergerichtliche Tötung, Verfolgung von Oppositionellen und Gewerkschaftlern und illegale Überwachung gekennzeichnet ist. Die Gratwanderung zwischen militärischer Sicherheit und Einhaltung der Menschenrechte stellt die kolumbianische Regierung weiterhin auf die Probe. Bei dem Konflikt um die ungerechte Landverteilung und die in der Vergangenheit häufige Zwangsenteignung zeichnet sich eine Lösung ab. Im Juni 2011 unterzeichnete Präsident Santos ein „Opfer und Landrückgabe Gesetz“, das eine Landumverteilung sowie Ausgleichszahlungen für Opfer von Menschenrechtsverbrechen vorsieht. Trotz dieser positiven Schritte bleibt abzuwarten, ob und wie das Gesetz in der Praxis umgesetzt wird.

3.3 Innere Lage im Empfängerland

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (März 2011):

Kolumbien ist eine Präsidentialdemokratie. Der Präsident ist zugleich Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er wird direkt gewählt; seine Amtszeit beträgt vier Jahre; er kann einmal wiedergewählt werden. Der Präsident ernennt und entlässt das Kabinett. Die beiden Kammern des Kongresses werden ebenfalls auf vier Jahre gewählt. Die Mitglieder des Senats werden über landesweite Listen gewählt, wobei zwei der 102 Mandate für Vertreter der indigenen Minderheit reserviert sind. Das Repräsentantenhaus besteht aus Vertretern der Departamentos genannten Provinzen; in den einzelnen Provinzen findet ebenfalls Listenwahl statt.

Die letzten Parlamentswahlen fanden am 14. März 2010 statt, die Präsidentschaftswahlen am 30. Mai und 20. Juni 2010. Staatspräsident Juan Manuel Santos Calderón hat am 07. August sein Amt angetreten.

Die Justiz ist unabhängig.

Das Land ist in 32 Departements eingeteilt, dazu Bogotá als Distrito Capital, sowie 1098 Städte und Gemeinden. Gouverneure, Bürgermeister, die Regionalparlamente und Stadt- bzw. Gemeinderäte werden direkt vom Volk auf vier Jahre gewählt. Die Aufgaben der Departements erstrecken sich vor allem auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Gebietskörperschaft und auf administrative Aufgaben.

Innenpolitische Hauptaufgaben der Regierung sind die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols gegenüber Narkoguerilla und kriminellen Organisationen, die Reintegration demobilisierter Paramilitärs, die Entschädigung der Opfer des Konflikts, die Restitution von Landbesitz an Binnenvertriebene, die Bekämpfung der Drogenökonomie, Armutsbekämpfung sowie die Förderung der Wirtschaft.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kolumbien/Innenpolitik_node.html

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2010):

Im Jahresbericht 2010 von Transparency International, für den in 178 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Kolumbien auf Platz 78 (2009: Platz 75), zusammen mit China, Lesotho, Serbien, Peru, Griechenland und Thailand. Deutschland liegt auf Platz 15.

Quelle: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results

Spannungen und interne Konflikte:

Kolumbien befindet sich seit mehr als 40 Jahren in einem blutigen Bürgerkrieg, mit einer schwer durchschaubaren Akteurskonstellation. Seine Wurzeln reichen zurück bis ins Jahr 1948, als erstmals in der so genannten „Violencia“, Konflikte zwischen Liberalen und Konservativen auftauchten. Seit langer Zeit steht auf der einen Seite die linksorientierte Guerillagruppe der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), die gegen das Militär kämpfen. Auf der anderen Seite stehen die rechtsgerichteten Paramilitärs, angeführt von dem 1997 entstandenen Dachverband aller paramilitärischen Gruppen, der Vereinigten Bürgerwehren Kolumbiens (AUC). Die AUC verfolgt als Ziel den militärischen Sieg gegen die linken Guerillagruppen, um damit das Machtvakuum in Kolumbien zu füllen. Allen Parteien des Konflikts werden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Ein Auslöser der Gewalt und zentrale Ursache für den Konflikt ist die weiterhin ungerechte Landverteilung. Heutzutage besitzen ca. 5 Prozent der Bevölkerung gut 80 Prozent des Landes. Indigene Bevölkerungsgruppen befinden sich häufig in den Zwängen der multinationalen Unternehmen, die die Bodenschätze des Landes ausbeuten wollen. Diese Ungerechtigkeit und das politische System, in dem sich die Parteien um die Großgrundbesitzer und das Bürgertum kümmern und keine Partei soziale Veränderungen anstrebt, sind Ursprung der Guerillabewegungen in Kolumbien, deren Ziel die soziale und ökonomische Verbesserung der Bevölkerung ist. Die FARC, die älteste Guerillagruppe, hat im langen Verlauf des Konflikts ein zwiespältiges Ergebnis erlangt. Auf der einen Seite kam es zu sozialen Verbesserungen in den besetzten Gebieten, auf der anderen Seite finanziert sich die Gruppe aus dem Drogenhandel, ist verantwortlich für Menschenrechtsverbrechen und setzt auf Zwangsrekrutierung, um die Kampfstärke zu erhalten. Heute kontrolliert Kolumbien fast 80 Prozent des weltweiten Kokainmarktes auf der Angebotsseite. Dass der Drogenhandel eine solche Konfliktdynamik entfalten konnte, ist vor allem dem schwachen Staat geschuldet, der es bislang nicht vermochte, den Drogenhandel zu unterbinden.

Zu Beginn des Konflikts in den 1960er Jahren konnte die Regierung Kolumbiens, auch mit Unterstützung der USA im Rahmen der Latin America Security Operation (LASO), den Guerillabewegungen eine entscheidende militärische Niederlage zufügen. Als Folge dessen gründete sich 1964 die FARC. Indem die FARC in den 1980er und 1990er Jahren zum eigentlichen Volksheer aufstieg, konnte die Gruppe der kolumbianischen Armee in den 1990er Jahren schwere militärische Niederlagen zufügen. In dieser Zeit fanden allerdings auch die bis dahin erfolgversprechenden Friedensverhandlungen zwischen der FARC und der Regierung statt. Im Jahr 2002 erklärte der Präsident die Verhandlungen jedoch für gescheitert. Damit begannen eine groß angelegte Militäroffensive und die Rückkehr zur militärischen Lösung des Konflikts. Mit dieser Überzeugung konnte Präsident Uribe im Jahr 2002 die Wahlen gewinnen. Seit den 1990er Jahren ist die Zahl der FARC-Kämpfer drastisch, von geschätzten 20.000 (1990er Jahren) auf heute 8.000, gesunken. Einerseits ist dies der demokratischen Sicherheitspolitik der Uribe Regierung zuzuschreiben, andererseits hat insbesondere der „Plan Colombia“ der USA, der umfangreiche Militärhilfe vorsieht, die militärische Lösung des Konflikts unterstützt. Der Kampf gegen den Drogenschmuggel und die für die USA wichtige geostrategische Lage des Landes haben zu einer Internationalisierung des transnationalen Konflikts geführt. Ebenso hat der globale Kampf gegen den Terrorismus die Militarisierung der Beziehungen beider Länder deutlich verstärkt. Kritiker werfen den USA vor, dass sie nicht zur Lösung des Konflikts beigetragen haben, sondern vielmehr durch ihre Politik Teil des Problems geworden sind.

Der Konflikt zwischen der FARC und der kolumbianischen Regierung bleibt jedoch bestehen und war auch im vergangenen Jahr von extremer Gewalt auf beiden Seiten geprägt. Zentrale Strategie der Regierung ist das gezielte Töten von FARC-Anführern und Luftangriffe auf die Infrastruktur der Guerillabewegung. Eine der größten Luftoperation fand im September 2010 unter dem Namen „Operation Sodom“ statt, bei der einige Anführer und weitere Rebellen getötet wurden.

Die Paramilitärs, ein zentraler Akteur in dem Konflikt, die sich dem Schutz der Großgrundbesitzer verschrieben haben, sind eng mit staatlichen Sicherheitskräften und dem politischen System verbunden. In den vergangenen Jahren gab es einen Demobilisierungsprozess der tausende Paramilitärs erreichte und Uribes Popularität weiter festigen konnte. Problematisch in diesem Prozess ist die nur oberflächliche Demobilisierung. Kritiker wenden ein, dass die mafiaähnlichen Strukturen und Kontakte in die organisierte Kriminalität weiterhin bestehen bleiben. Problematisch bleibt der politische Einfluss der Paramilitärs, der 2006 bei den Parlamentswahlen zum Erfolg dreier der AUC nahe stehenden Parteien führte. Im selben Jahr kam durch die Enthüllung kolumbianischer Medien zum Vorschein, dass der Inlandsgeheimdienst DAS korrumpiert war und sehr eng mit paramilitärischen Gruppen zusammenarbeitet. Tausende ehemaliger Paramilitärs haben heute unter dem Schutzschirm des Sondergesetzes zur Demobilisierung zehntausende Morde und Entführungen gestanden.

Der Konflikt ist weiterhin gewalttätig und wird insbesondere seitens des Staates mit zunehmender militärischer Stärke geführt. Die Rolle der USA hat sich in den vergangenen Jahren zusehends verstärkt und für Kolumbien ist die Militärhilfe im Rahmen des „Plan Colombia“ weiterhin sehr wichtig.

3.4 Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage:

Kolumbien liegt im Nordwesten von Südamerika und grenzt im Norden an Panama und das karibische Meer. Im Osten hat das für die USA geostrategisch wichtige Land gemeinsame Grenzen mit Venezuela und Brasilien. Im Süden grenzt Kolumbien an Peru und Ecuador. Als einziges Land hat Kolumbien sowohl Zugang zur Karibik als auch zum Pazifik.

Politische Situation in der Region:

In der Region herrscht eine allgemein angespannte politische Situation. In den vergangenen Jahren gab es einen regelrechten Rüstungswettlauf im Zuge dessen sich besondere Rüstungsk Kooperationen zwischen Brasilien und Frankreich, Venezuela und Russland und eben zwischen Kolumbien und den USA herauskristallisierten. Zahlreiche Waffenlieferungen, insbesondere Großwaffensysteme in die Region, haben zu sicherheitspolitischen Verstimmungen zwischen den südamerikanischen Ländern geführt. Zwar haben sich im vergangenen Jahrzehnt eine Reihe Vertrauensbildender Maßnahmen in der Region entwickelt, doch haben jüngste Waffenkäufe (Venezuela, Brasilien, Chile) die sicherheitspolitische Kooperation erschwert. Angesichts der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen vor denen die Region steht, erscheint Vertrauensbildung und Kooperation jedoch notwendig: Terrorismus, Drogenschmuggel, Menschenhandel, organisierte Kriminalität, Geldwäscherei und ausufernde Korruption. Trotz der Anspannungen in bestimmten Grenzregionen, ist verstärkte sicherheitspolitische und militärische Kooperation sowie eine allgemeine Bereitschaft die Vertrauensbildung zu beobachten. In der Managua Erklärung von 2006 wurden gemeinsame Sicherheitsbedrohungen identifiziert, die als Basis für weitere Kooperationen dienen. Problematisch für die Region erscheinen die vielen Modernisierungs- und Transformationsprozesse in vielen Ländern. Im Rahmen dieser sollen die Streitkräfte auf die neuen Bedrohungen vorbereiten werden und in vielen Fällen gehen die Prozesse mit umfangreichen Beschaffungsprogrammen einher. Großes Misstrauen in den meisten Ländern ist weiterhin eine erhebliche Hürde für eine transparentere Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Daher haben defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz bei den Waffenkäufen in manchen Fällen zu Misstrauen geführt. Bereits im Jahr 2005 kam es zu vier großen Waffenkäufen Venezuelas im Wert von mehr als 1,7 Milliarden US-Dollar (12-24 Super Tucano Flugzeuge aus Brasilien, 15 Helikopter, 12 C-295 Flugzeuge aus Spanien und zahlreiche Boote ebenfalls aus Spanien). Insbesondere die Anschaffung von Fregatten aus Spanien wird von Kolumbien als destabilisierend für die Region beschrieben. Ebenfalls kritisch sieht die kolumbianische Regierung die Anstrengungen Venezuelas, Waffen russischer Lizenz zu produzieren (AK-47), da diese sich im kolumbianischen Konflikt verbreiten könnten. Angesichts zahlreicher Waffenfunde venezolanischer Waffen in Kolumbien in den letzten Jahren erscheint diese Sorge durchaus berechtigt.

In der gesamten Region ist ein Anstieg der Verteidigungsausgaben und Mannschaftsstärke der Armeen zu beobachten. Brasilien verfügt über ein weit überlegenes militärisches Arsenal und verfolgt eine Politik der regionalen Führerschaft. Zwar ist Brasilien traditionell ein Vorreiter der regionalen Rüstungsk Kooperation, doch haben die strategischen Rüstungsk Kooperationen negative Auswirkungen auf die regionalen Kooperationsanstrengungen. Ein zwischenstaatlicher Konflikt in der Region erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt recht unwahrscheinlich, ist jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen. Zwischenfälle an

Grenzregionen haben auf die angespannte Lage aufmerksam gemacht und einige ungelöste Grenzfragen bergen weiterhin ein Risiko.

Grenzprobleme:

In der jüngsten Vergangenheit gab es zwei schwerwiegende Zwischenfälle an der kolumbianischen Grenze. Der Angriff Kolumbiens gegen FARC Rebellen auf ecuadorianischem Territorium am 1. März 2008 führte zu den bislang schwersten diplomatischen Spannungen zwischen den beiden Ländern und in der gesamten Region. Der bewusste Vergeltungsschlag gegen die FARC hat einen herben militärischen Rückschlag für die Guerillabewegung bedeutet und bescherte Kolumbiens Militär einen deutlichen Sieg. Durch die Tötung Raúl Reyes, dem Vizekommandeur der FARC sowie der Erbeutung wichtiger Dokumente und geheimer Unterlagen, konnte das Militär sich einen großen Vorteil gegenüber der FARC schaffen. Der Militärschlag wurde von allen südamerikanischen Regierungen einhellig verurteilt und als unverhältnismäßige Einmischung in fremdes Territorium definiert. Bereits einen Tag später kam es zum Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern und die ecuadorianische Regierung schickte mehr als 3000 Truppen in die Grenzregion.

Der Militärschlag hat auch zu Zerwürfnissen zwischen Kolumbien und Venezuela geführt, da der von Chavez regierte Staat nachdrücklich die Verurteilung des Angriffes forderte. Venezuela und Kolumbien haben traditionell schlechte Beziehungen, die sich immer wieder durch Waffenfunde bei FARC-Rebellen, die nachweislich aus Venezuela kommen, verschlechtern. Anschuldigungen seitens der kolumbianischen Regierung, dass Venezuela aktiv die FARC mit Waffen unterstützt, erschweren eine Annäherung beider Staaten. Bereits 2001 gab es zahlreiche Berichte wonach einzelne Angehörige des Militärs FARC Rebellen aktiv mit Waffen und Munition unterstützt haben. Zuletzt kam es im Sommer 2009 zu Spannungen zwischen den beiden Staaten als Venezuela zwei Brücken in der Grenzregion sprengen ließ, die eine direkte Verbindung nach Kolumbien waren. Zeitgleich wurden öffentlich, dass Waffen, die von Venezuela in Schweden gekauft wurden, in den Händen der FARC Rebellen gefunden wurden. Kolumbien hingegen beobachtet mit Sorge die großen Waffeneinkäufe Venezuelas in Russland. Die Sorge erscheint berechtigt, da Venezuela im Januar 2010 begonnen hat, Kampfpanzer und Hubschrauber entlang der kolumbianischen Grenze zu stationieren.

Bereits im Februar 2005 wurde die allgemeine Krise zwischen Kolumbien und Venezuela nach bilateralen Gesprächen entschärft, doch haben im Jahr 2010 neue Anschuldigungen durch kolumbianische Diplomaten diesen Konflikt erneut angeheizt. Im Zuge dessen schloss Präsident Chavez die Botschaft in Bogota, die erst wieder eröffnet wurde, als der neue kolumbianische Präsident Santos sich bemühte, die diplomatischen Beziehungen zu normalisieren.

Regionale Rüstungskontrolle:

Bereits 1967 gab es erste Schritte einer regionalen Rüstungskontrolle mit der Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone. Zwar war dieser Vertrag ein Erfolg im Hinblick auf „harte“ Rüstungskontrolle, jedoch konnte in den folgenden Jahren nicht auf diesen Erfolg aufgebaut und Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle entwickelt werden. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es besondere Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen in der Region. Das Ziel dieser Maßnahmen lag jedoch im Bereich der „soften“ Rüstungskontrolle: der Austausch von Informationen, Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachtern zu Militärübungen. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen in den letzten Jahren entstanden: (a) die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import/ Export Wege transparent zu machen; (b) die OAS Transparency Convention mit Ziel, einen Informationsaustausch zwischen den Staaten zu Import und Export konventioneller Waffen.

3.5 Bedrohung von Alliierten

3.5.1 Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Kolumbien sind insbesondere durch die Kooperation mit den USA im Kampf gegen Drogen US-Militärs stationiert. Darüber hinaus erhält das Land umfangreiche finanzielle Militärhilfe von den USA. Im Rahmen der engen Kooperation sind 65 US-Soldaten (US Southern Command) in Kolumbien stationiert.

3.5.2 Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Kolumbien 54 Prozent im Jahre 2010, und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren um wenige Prozentpunkte gesunken. Im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten weist Kolumbien damit die niedrigste Rate an Technologiepiraterie der Region auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA Angaben im Jahr 2010 auf geschätzte 272 Millionen US-Dollar.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2010

3.6 Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

3.6.1 Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org/

Kommentar:

Zwar ist Kolumbien zahlreichen internationalen Anti-Terror-Konventionen beigetreten, doch ist das Land und insbesondere die Gesellschaft seit langem vom Terrorismus geprägt. Dabei ist es nicht der islamistische Terrorismus, der das Land aus US-amerikanischer Perspektive interessant macht, sondern der von verschiedenen Gruppierungen im Land selber ausgehende Terrorismus. Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) werden von zahlreichen Ländern (USA, Kanada und allen EU-Mitgliedsstaaten) als terroristische Organisation eingestuft. Neben der FARC sind es insbesondere die Vereinigten Bürgerwehren (AUC) sowie die Nationale Befreiungsbewegung (ELN), die für terroristische Anschläge, Entführungen und zahlreiche Morde verantwortlich sind. Der Terrorismus führt dabei immer

wieder zu zahlreichen und erheblichen Menschenrechtsverletzungen, die von beiden Seiten begangen werden.

Ihre Verbindungen zum umfangreichen Drogenschmuggel in der Region führen dazu, dass alle drei Gruppierungen seit 2001 auf der US-Terrorliste geführt werden. Obwohl alle Gruppen um nationale politische Prozesse besorgt sind und keine globale Agenda besitzen, wie etwa der islamistische Terrorismus eine hat, nehmen sie bei den Themenfeldern der US-Außenpolitik eine wichtige Rolle ein (Drogenbekämpfung).

3.6.2 Internationale Kriminalität

Beitritt zu Internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Nicht Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht Beigetreten	http://treaties.un.org/

3.6.3 Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org/

3.6.4 UN-Berichterstattung

Kolumbien hat lediglich 2007 Daten im Rahmen des UN-Waffenregisters an die Vereinten Nationen übermittelt. Ebenso hat Kolumbien erst in den letzten zwei Jahren Daten zu Militärausgaben an die Vereinten Nationen weitergegeben.

3.7 Unerlaubte Wiederausfuhr

In einem Fall im Jahr 2003 wurden zwei ehemalige kolumbianische Offiziere angeklagt mehr als 7000 AK-47 Sturmgewehre, Munition und andere Ersatzteile an die Rebellengruppen geliefert zu haben. Ebenfalls in diesem Jahr wurde ein Major der kolumbianischen Armee festgenommen, weil er einen ähnlichen Waffendeal mit Waffen aus israelischer Produktion eingefädelt hat.

Problematisch ist die Sicherheitslage in Venezuela, wo regelmäßig Waffen aus Lagern der Armee entwendet werden, die dann wiederum über den Schwarzmarkt nach Kolumbien gelangen und so zu einer Verschärfung des Konflikts beitragen.

3.8 Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (März 2011):

Seit Beginn der 90er Jahre hat Kolumbien konsequent eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die sich an marktwirtschaftlichen Grundsätzen orientiert, eine Liberalisierung der Wirtschaftsbeziehungen betrieben, protektionistische Tendenzen eine Absage erteilt hat und aktiv bemüht ist, ausländische Investitionen ins Land zu holen.

Das Bruttoinlandsprodukt Kolumbiens betrug 2010 ca 268 Mrd. USD.

Kolumbiens Wirtschaft wuchs zwischen 2004 und 2007 durchschnittlich um 6,2%, 2007 sogar um 7,5%. Im Zuge der internationalen Wirtschaftskrise sank das Wachstum 2008 auf 2,5, im Jahre 2009 auf 0,4 %. 2010 konnte sich die kolumbianische Wirtschaft wieder erholen und ein kräftiges Wachstum von 4,4 % erreichen. Insgesamt ist Kolumbien auch im regionalen Vergleich gut durch die Krise gekommen. Dies gilt insbesondere für die kolumbianische Finanzwirtschaft. Einbußen mussten aufgrund des Rückgangs der Exporteinnahmen und ausländischer Direktinvestitionen hingegen die Industrieproduktion hinnehmen.

Motoren der Wirtschaft waren die Inlandsnachfrage und die hohen ausländischen Direktinvestitionen (laut Zentralbank knapp 9,5 Mrd. USD im Jahre 2010). Über mehrere Jahre hinweg belebten überdies steigende Rohstoffpreise das Wachstum. Starke Zuwächse verzeichneten die Industrieproduktion, der Bausektor, Transport und Telekommunikation, Handel und Tourismus.

Mittelfristig benötigt Kolumbien als Schwellenland mit nach wie vor großen sozialen Verwerfungen Wachstumsraten von wenigstens 5 %, um eine nachhaltige soziale Entwicklung zu gewährleisten. Infolge der vorübergehenden Konjunkturabkühlung stieg nicht nur die Arbeitslosigkeit (aktuell 11,8 %), auch die ohnehin sehr hohe Zahl der im informellen Sektor Beschäftigten (über 50%) sowie die Unterbeschäftigung (2009 ca. 35%) nahmen wieder zu. Das Defizit des Gesamthaushaltes verringerte sich 2010 auf 3,9 % des BIP.

Der IWF geht davon aus, dass Kolumbien gut gerüstet ist, um externe Schocks abzufangen. Nach mehreren Jahren starken Wachstums und solider Wirtschafts- und Fiskalpolitik verfüge das Land nicht nur über stabile öffentliche Finanzen. Laut IWF hat es v.a. einen gesunden Privatsektor; die meisten Unternehmen seien ausreichend mit Eigenkapital ausgestattet, verfügten über genügend Liquidität und seien dank Produktivitätssteigerungen in den vergangenen Jahren profitabler geworden.

Die Regierung verfolgt - gemessen an den großangelegten Konjunkturbelebungsprogrammen anderer Länder in der Region - eine „Politik der ruhigen Hand“. Bisher beschränkte sie sich im wesentlichen auf Maßnahmen zur Anziehung ausländischen Kapitals sowie Kredite zur Unterstützung exportorientierter Branchen und zur Belebung der Inlandsnachfrage. Die neue Regierung Santos hat verstärkte öffentliche Investitionen insbesondere im Infrastrukturbereich angekündigt. Die Regierung setzt v.a. auf die Diversifizierung der Exportmärkte und die konjunkturbelebende Wirkung ehrgeiziger Infrastrukturprojekte (hierfür waren etwa im Haushalt 2009 3,3 Mrd. Euro vorgesehen; insgesamt sollen in den kommenden Jahren 50 Mrd. USD öffentliche und private Mittel investiert werden). Die Zentralbank hat ihrerseits den Leitzins auf 3,52% gesenkt.

Die Inflationsrate erreichte 2010 einen auch im regionalen Vergleich niedrigen Wert von 3,17 %. Damit erreicht die Inflationsrate den niedrigsten Wert seit 50 Jahren.

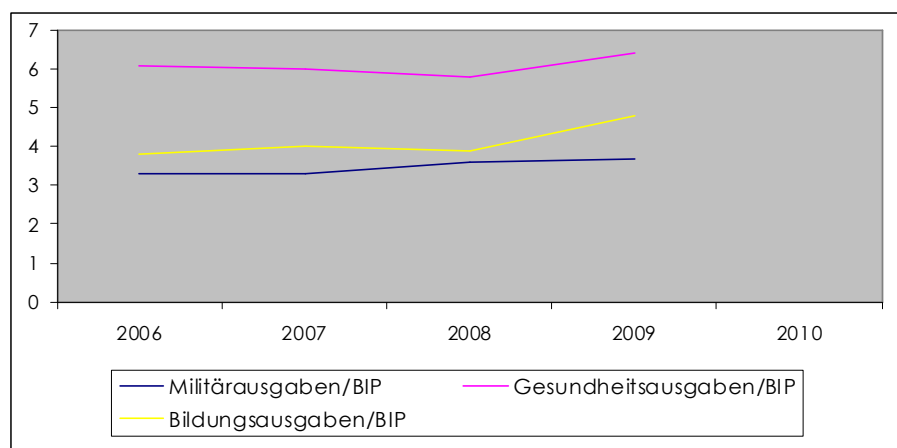
Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kolumbien/Wirtschaft_node.html

Tabelle 8: Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

	2006	2007	2008	2009	2010
Militärausgaben (absolut)	6909	7430	8323	8569	9191
Militärausgaben/BIP	3,3	3,3	3,6	3,7	-
Gesundheitsausgaben/BIP	6,1	6,0	5,8	6,4	-
Bildungsausgaben/BIP	3,8	4,0	3,9	4,8	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2009).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5: Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

Quellen:

SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); WHO, World Health Statistics 2009 (Gesundheitsausgaben), World Development Indicators

Tabelle 9: Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2006	2007	2008	2009	2010
Auslandsverschuldung	35742	42190	46737	52222	-
Anteil am BIP (in Prozent)	23,6	20,7	19,8	22,5	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	917	628	899	998	-
Net ODA (% of GNI)**	0,6	0,3	0,4	0,4	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2009) (Auslandsverschuldung), ODA in Mio. US\$ in aktuellen Preisen.

Quelle: Weltbank, World Development Indicators**, OECD*

Tabelle 10: Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2006	2007	2008	2009	2010
Militarisierungswert	675	666	664	664	656
Index-Platzierung	52	58	50	49	49

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2012.
<http://www.bicc.de/our-work/gmi.html>

Tabelle 11: Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2006	2007	2008	2009	2010
Brasilien	Militarisierungswert	615	612	602	608	598
	Index-Platzierung	80	81	80	76	76
Ecuador	Militarisierungswert	680	686	681	691	689
	Index-Platzierung	49	42	43	38	36
Peru	Militarisierungswert	672	668	655	665	664
	Index-Platzierung	55	55	55	47	48
Venezuela	Militarisierungswert	610	601	592	571	560
	Index-Platzierung	85	86	86	92	95

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2012.
<http://www.bicc.de/our-work/gmi.html>

Tabelle 12: Human Development Index (HDI)

	2007	2008	2009	2010	2011
HDI-Wert	0.676	0.681	0.685	0.689	0.710

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>
 Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar:

Unverhältnismäßig hohe Militärausgaben in Kolumbien im Zuge der zahlreichen Konflikte und der besonderen Rolle des Militärs, wirken hemmend auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Zwar besteht derzeit keine deutliche Gefahr, dass Entwicklungsziele nachhaltig von den Ressourcenzuweisungen in den Militärssektor beeinträchtigt werden, dennoch sind der konstante Anstieg der Militärausgaben sowie die Vergrößerung der Mannschaftsstärke des Militärs mit Sorge zu betrachten. Eine zusätzliche Steuer hat der Regierung frisches Kapital beschafft. Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes hätte das Geld durchaus sinnvoller als zur Finanzierung von Waffenkäufen eingesetzt werden können. Die Gesundheits- und Bildungsausgaben bewegen sich lediglich auf einem durchschnittlichen Niveau. Kolumbiens Regierung sollte daher in Zukunft die Ressourcenverteilung stärker im Sinne gesellschaftlicher Entwicklung gestalten.